



KOALITION FÜR
Konzern-
verantwortung

Jahres- rückblick

2021

Konzern-
verantwortungs-
initiative

am 29. November

JA!

Vorwort	01
Unsere Ziele	02
Aktivitäten 2021	04
Aktuelle Entwicklung	06
Koalition	07
Mitgliedorganisationen	
Geschäftsstelle	
Vorstand	
Finanzen	10
Aufwand	
Einnahmen	
Revision	
Zusammensetzung Spenden	
Aktuelle Skandale	12
Ausblick 2022	16

GEMEINSAM WEITERKÄMPFEN

Für die Konzernverantwortungsinitiative, die am 29. November 2020 zur Abstimmung kam, haben wir uns gemeinsam über sechs Jahre lang engagiert. Über 130 Organisationen, tausende Freiwillige, Politiker:innen aller Parteien, Kirchgemeinden und Unternehmer:innen haben zusammen eine beispiellose Kampagne auf die Beine gestellt und klar gemacht: Konzerne müssen Menschenrechte respektieren und für Schäden, die sie anrichten, geradestehen.

Diese Botschaft hat eine Mehrheit der Stimmberechtigten überzeugt, nur das Ständemehr verhinderte den Sieg. Auch wenn dieses Resultat für viele von uns bitter war, ist es historisch betrachtet eine ziemliche Sensation, an die wir anknüpfen können.

Das Jahr 2021 stand entsprechend im Zeichen des Übergangsprozesses vom Abstimmungskampf zu einer stetigen Weiterarbeit für Konzernverantwortung: Mit einem grossen Crowdfunding konnten wir sicherstellen, dass unsere Kampagne weiterhin finanziert ist, und gemeinsam planen, welche Ziele unsere Bewegung in den nächsten Jahren verfolgt.

Vielen herzlichen Dank, dass Sie weiterhin ein so wichtiger Teil unserer Bewegung sind.



Rahel Ruch

Geschäftsleiterin Koalition für Konzernverantwortung

DESHALB BRAUCHT ES DIE KOALITION FÜR KONZERNVERANT- WORTUNG

Kurz nach der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative startete in der Koalition, bestehend aus Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Hilfswerken, ein Strategieprozess. Die Diskussionen zeigten, dass es die Koalition und die Geschäftsstelle hinter der Konzernverantwortungsinitiative weiterhin braucht, um die Kampagne für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz in der Schweiz mit der ganzen Stärke unserer Bewegung weiterzuführen und das vorhandene Know-how im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte zu bündeln. Für den Nachfolgeverein «Koalition für Konzernverantwortung» wurden im Juni 2021 neue Statuten beschlossen und verschiedene Ziele definiert.

#1 Wir setzen uns für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz in der Schweiz ein

In vielen europäischen Ländern gibt es bereits heute Regeln, damit Konzerne Menschenrechte und internationale

Umweltstandards auch bei Auslandgeschäften respektieren müssen. Im Frühling 2022 wird auch die EU ein Konzernverantwortungsgesetz präsentieren, das die EU-Staaten umsetzen müssen.

«In vielen europäischen Ländern gibt es bereits heute Regeln – nun braucht es auch in der Schweiz ein Konzernverantwortungsgesetz.»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat im Abstimmungskampf um unsere Initiative immer wieder versprochen, dass der Bundesrat ein «international abgestimmtes» Vorgehen möchte. Sobald die EU ein Gesetz erlässt, gibt es also keine Ausreden mehr. Wir wissen aber: Ohne unseren politischen Druck wird die Konzernlobby im Parlament weiterhin verhindern, dass die Schweiz beim Thema Konzernverantwortung nachzieht.

#2 Auswirkungen des Alibi-Gegenvorschlags überprüfen

Ein solches Manöver hatte es noch nie gegeben: Um die Konzernverantwortungsinitiative zu bekämpfen und die Stimmberechtigten zu verwirren, verabschiedete das Parlament nach beispiellosem Eingreifen von Bundesrätin Karin Keller-Sutter mit Unterstützung der Konzernlobby einen Alibi-Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative. Dieser führt einzig dazu, dass die Konzerne jedes Jahr eine Hochglanzbroschüre veröffentlichen müssen. Für zwei willkürliche Themen (Kinderarbeit, Konfliktminerale) sollen einige wenige Unternehmen Sorgfaltsprüfungen durchführen, allerdings kontrolliert dies niemand.

Damit in der Schweiz ein echtes Konzernverantwortungsgesetz Realität werden kann, müssen wir, sobald 2024 die ersten neuen Hochglanzbroschüren der Konzerne erscheinen, aufzeigen, wieso der Alibi-Gegenvorschlag nicht die notwendigen Veränderungen bewirkt.

#3 Fälle von Menschenrechtsverletzungen weiterverfolgen und Konzerne in die Pflicht nehmen

Mit verschiedenen Recherchen haben wir im Abstimmungskampf aufgezeigt, wieso es griffige Regeln für Konzerne braucht. In Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen Partnern

haben wir in der Schweiz beispielsweise bekannt gemacht, wie der Konzern LafargeHolcim in Ewekoro (Nigeria) ein ganzes Dorf mit Feinstaub vergiftet und wie eine Glencore-Mine in Kolumbien einen Fluss verseucht.

Durch die Ablehnung der Initiative ist den Betroffenen vorerst nicht geholfen. Wir wollen mit ihnen in Kontakt bleiben und den Kampf für Gerechtigkeit gemeinsam weiterführen. Dazu braucht es auch hier in der Schweiz weiterhin Druck auf die betroffenen Konzerne.

#4 Die Vernetzung der NGOs und das Know-how erhalten

Viele NGOs sind in ihrer Arbeit mit Konzernen mit Sitz in der Schweiz konfrontiert: Sei es, weil sie Entwicklungsprojekte in Regionen haben, in der Schweizer Konzerne tätig sind, oder Betroffene im globalen Süden vertreten, deren Menschenrechte von einem Konzern verletzt werden, der in der Schweiz seinen Sitz hat. Die Koalition für Konzernverantwortung soll diese Fälle bündeln und die politische Arbeit für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz vorantreiben.

ABSCHWÄCHUNGEN AM ALIBI-GEGENVORSCHLAG

Nachdem die Konzernverantwortungsinitiative am Ständemehr scheiterte, war klar, dass der Alibi-Gegenvorschlag von Bundesrätin Keller-Sutter in Kraft treten wird. Wir hatten allerdings nicht damit gerechnet, dass die Bundesrätin auf dem Verordnungsweg den sowieso schon sehr schwachen Gegenvorschlag noch weiter aufweichen würde.

Zur Erinnerung: Der Alibi-Gegenvorschlag bringt keine realen Verbesserungen, sondern führt dazu, dass Grosskonzerne neue Hochglanzbroschüren produzieren. Sanktionen für Grosskonzerne, falls sie Menschenrechte verletzen oder die Umwelt zerstören, sind keine vorgesehen. Aber auch minimalste Spielräume, die das neue Gesetz geboten hätte, hat Bundesrätin Keller-Sutter in der Umsetzungsverordnung nicht genutzt, sondern im Gegenteil sogar noch neue Schlupflöcher für Konzerne eingebaut.

Konkrete Abschwächungen des Alibi-Gegenvorschlags durch Bundesrätin Keller-Sutter:

1. Gibt es im Konzern keinen «begründeten Verdacht» auf Kinderarbeit in der Lieferkette, kann er auf die Sorgfaltsprüfung in diesem Bereich einfach verzichten. Das ist ein Anreiz zum Wegschauen, damit man gar nie einen solchen «begründeten» Verdacht findet.
2. In der Verordnung werden alle KMU von den (schwachen) Auflagen im Bereich Kinderarbeit kategorisch ausgenommen, obwohl das Gesetz eigentlich nur Ausnahmen unter bestimmten Voraussetzungen vorsah. Eine Firma mit 100 Mitarbeitenden im heiklen Kakao-Sektor muss sich also nicht um Kinderarbeit kümmern.
3. Im Bereich Konfliktmineralien sieht die Verordnung so hohe Schwellenwerte vor, dass diese selbst von der Goldbranche selber als zu lasch kritisiert wurden. Damit wird ein relevanter Teil der in die Schweiz importierten Konfliktmineralien nicht unter die Sorgfaltsprüfungspflicht fallen.

Mehr als 40 NGOs und über 20'000 Privatpersonen haben in der Folge eine kritische Vernehmlassungsantwort verfasst. Die Bundesrätin hat diese Kritik leider ignoriert und die problematischen Punkte praktisch unverändert beschlossen. Dank der Unterstützung unserer Bewegung konnten wir diesen Skandal mit Namensinseraten in allen grossen Tageszeitungen bekannt machen (siehe Bild).

Crowdfunding: 5'500 Personen unterstützen die Weiterarbeit

Ende April 2021 starteten wir ein Crowdfunding mit dem Ziel, mindestens 5'000 Personen zu finden, die die Finanzierung der Koalition für Konzernverantwortung mit einer Spende sichern. In kürzester Zeit haben rund 5'500 Personen zugesagt, eine Spende zu tätigen, damit die Kampagnenarbeit für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz weitergehen kann. Viele davon haben sich zu einer regelmässigen, jährlichen Spende verpflichtet, damit wir unsere Finanzierung auch längerfristig planen können.

Wiederaufbau parlamentarisches Netzwerk

In der Sommersession 2021 haben wir erstmals wieder eine Veranstaltung mit dem parlamentarischen Netzwerk «Unternehmen und Menschenrechte» durchgeführt. Das Netzwerk vereint National- und Ständerät:innen von Mitte, EVP, GLP, Grünen und SP, die das Thema Konzernverantwortung im Parlament verfolgen. Seither findet in jeder Session ein Anlass statt, an dem sich die Parlamentarier:innen über aktuelle Entwicklungen informieren und mögliche Ansatzpunkte im Parlament diskutieren. In der Wintersession 2021 reichte die Gruppe gemeinsam vier Interpellationen zu Lücken im Gegenvorschlag und internationalen Rechtsentwicklungen ein.



GUTE NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND UND NORWEGEN

Ein halbes Jahr nach der Volksabstimmung in der Schweiz folgten in Europa gleich zwei Länder dem Vorbild Frankreichs und verabschiedeten eigene Konzernverantwortungsgesetze. Der Deutsche Bundestag hat im Sommer 2021 das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verabschiedet, das 2023 in Kraft tritt. Neben einer weitgehenden Sorgfaltsprüfungspflicht entlang der Lieferkette gibt es eine Aufsichtsbehörde, die die Einhaltung des Gesetzes durch die Konzerne überwacht und bei Fehlverhalten hohe Bussen aussprechen kann. Ab einer gewissen Bussenhöhe kann ein Unternehmen zusätzlich von der öffentlichen Beschaffung ausgeschlossen werden. Das Gesetz gilt für deutsche Konzerne und Zweigniederlassungen ausländischer Konzerne, zuerst ab mind. 3'000 Mitarbeitenden im Inland, ab 2024 dann ab mind. 1'000 Mitarbeitenden.

In Norwegen wurde im Sommer 2021 der «Transparency Act» verabschiedet, der am 1. Juli 2022 in Kraft tritt. Das neue Gesetz sieht eine Sorgfaltsprüfungspflicht bezüglich Menschenrechte und Arbeitsbedingungen – wie zum Beispiel existenzsichernde Löhne – entlang der gesamten Lieferkette vor. Das Gesetz wird bereits für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden gelten und von einer Konsumentenschutzbehörde durchgesetzt werden, die Bussen verhängen und Anordnungen verfügen kann.



In Norwegen werben 2019 der Wirtschaftsdachverband Virke und der Verband Etisk handel Norge gemeinsam für das Gesetz.

(Quelle: Etisk handel Norge)



CSU-Bundesminister Müller kommuniziert die Verabschiedung des deutschen Gesetzes.

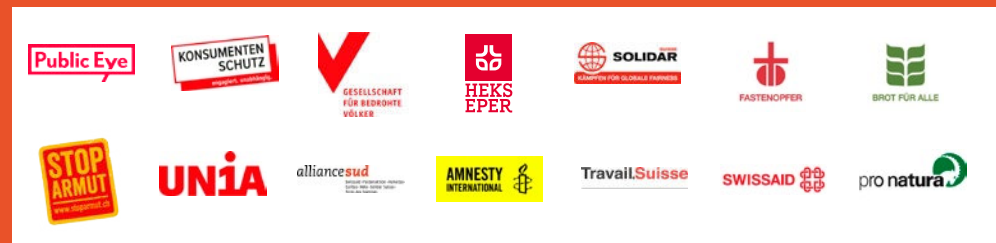
DIE KOALITION

Über 75 zivilgesellschaftliche Organisationen sind Mitglied beim Verein «Koalition für Konzernverantwortung». Sie leisten einen jährlichen Mitgliederbeitrag, wählen den Vereinsvorstand und arbeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen der Koalition mit.

Der Vereinsvorstand besteht zur Hälfte aus Vertreter:innen der Mitgliedorganisationen und zur Hälfte aus unabhängigen Persönlichkeiten. Der Vorstand trifft sich vierteljährlich gemeinsam mit der Geschäftsleitung des Vereins zu einer Sitzung.

Auf der Geschäftsstelle der Koalition für Konzernverantwortung arbeitet ein kleines Team, das die Kampagne vorantreibt. Die Geschäftsstelle wird von der Geschäftsleiterin Rahel Ruch (Politik) und den Geschäftsleitungsmitgliedern Seraina Patzen (Recherche & Finanzen) und Oliver Heimgartner (Kommunikation) geleitet.

ÜBER 75 MITGLIED- ORGANISATIONEN



VEREINSVORSTAND



Dick Marty
Alt Ständerat FDP



Dominique de Buman
Alt Nationalrat Die Mitte



Chantal Peyer
Brot für alle



Dietrich Pestalozzi
Unternehmer



Annina Aeberli
Bruno Manser Fonds



Isabelle Bamert
Kommunikations- und
Kampagnenexpertin



Sylvia Valentin
terre des hommes
schweiz



Laurent Matile
Alliance Sud

GESCHÄFTSSTELLE



Rahel Ruch
Geschäftsleiterin

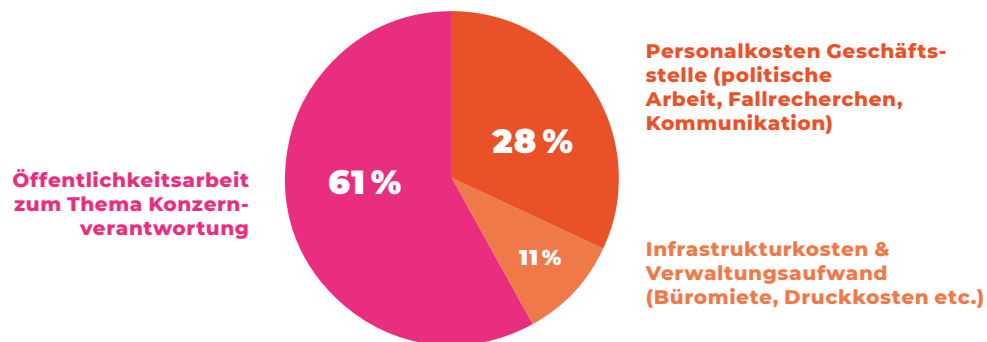


Oliver Heimgartner
Leiter
Kommunikation



Seraina Patzen
Leiterin
Recherche & Finanzen

AUFWAND



Wie in der politischen Arbeit üblich, entfällt rund ein Viertel der Ausgaben auf Personalkosten. Das ist wichtig, um auf der Geschäftsstelle genügend Ressourcen und das nötige Know-how für die politische Arbeit sowie die Kommunikation zu haben und damit die Koalition für Konzernverantwortung nicht vom Einkauf teurer Agenturleistungen abhängig ist. 61 % der Ausgaben wurden 2021 für Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Konzernverantwortung verwendet, also für Informationsveranstaltungen, Versände, Plakate und Informationen im Internet.

Der Konzernlobby keinen Informationsvorsprung geben

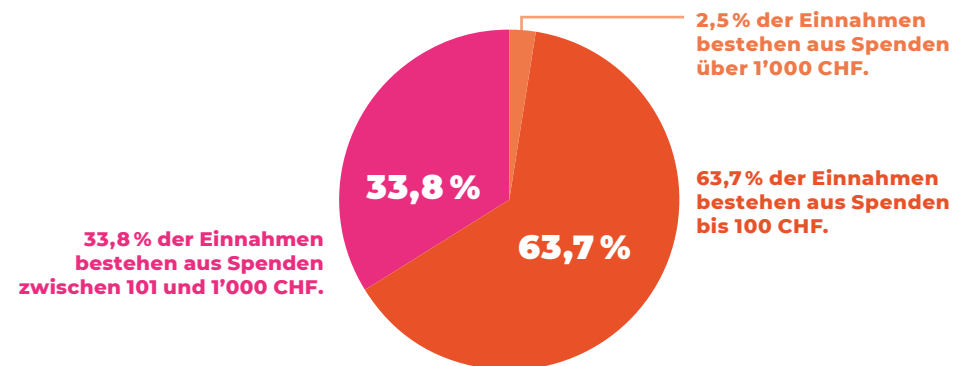
Die Koalition für Konzernverantwortung steht neben Verantwortung auch für grösstmögliche Transparenz. Aus taktischen Überlegungen haben wir aber bereits im Abstimmungskampf kein Kampagnenbudget veröffentlicht. Der Grund dafür war, dass auch die Konzernlobby, die deutlich mehr Mittel zur Verfügung hat, ihr Budget nicht veröffentlichte. Wenn nur die eine Seite in einem Abstimmungskampf ihre Mittel transparent macht,

führt das zu ungleichen Spiessen und die Kräfteverhältnisse werden in der öffentlichen Wahrnehmung verzerrt. Solange es keine Regeln gibt, die alle Seiten gleichermassen in die Pflicht nehmen, wird unsere Koalition auch in Zukunft keine detaillierten Informationen zum Budget veröffentlichen. Aus unserer Sicht wäre es nicht klug, der Konzernlobby einen Informationsvorsprung darüber zu geben, wie stark unsere Bewegung ist.

EINNAHMEN

Die Koalition für Konzernverantwortung finanziert sich ausschliesslich durch Beiträge der Mitgliedorganisationen und Spenden von Privatpersonen. Mitgliedorganisationen zahlen je nach Grösse zwischen 50 und 6'000 Franken pro Jahr. Ohne die grosszügige Unterstützung von Privatpersonen wäre es entsprechend unmöglich, unsere Kampagne in dieser Form weiterzuführen.

Zusammensetzung der Spendeneinnahmen



Die obenstehende Grafik zeigt, dass der Grossteil der Spenden an die Koalition für Konzernverantwortung von Einzelpersonen stammt und nur sehr wenige Grossspenden über 1'000 CHF vorliegen. Die höchste Spende betrug 20'000 CHF.

Praktisch die gesamte finanzielle Unterstützung stammt aus der Schweiz, nur 5'549 CHF wurden aus dem Ausland gespendet.

REVISION

Unsere Rechnung wird von einer unabhängigen Revisionsstelle (Treuhand Lehmann AG) geprüft und zusammen mit dem Budget unseren Mitgliedorganisationen an der jährlichen Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

NEUER GLENCORE-CEO WILL NOCH MEHR KOHLE FÖRDERN

Seit Anfang Juni 2021 hat Glencore einen neuen CEO: Gary Nagle ist der Nachfolger des umstrittenen Ivan Glasenberg, der den Konzern fast zwei Jahrzehnte lang geführt hatte. Nagle war vor seinem Amtsantritt bereits Kohle-Chef bei Glencore. Wenig überraschend kündigte Glencore nur kurz nach der Ernennung des neuen CEOs an, seine Beteiligung an der umstrittenen Kohlemine «El Cerrejón» in Kolumbien deutlich auszubauen.

Das hat einen simplen Grund: Der Kohlepreis ist 2021 massiv gestiegen und mit einem Ausbau des Kohlegeschäfts kann der Konzern nochmals richtig viel Profit machen. Für die Profitmaximierung auf Kosten von Mensch und Umwelt soll der neue CEO übrigens fürstlich entlohnt werden: Er erhält bis zu 1 Million USD pro Monat.

Die Kohleförderung ist aber nicht nur enorm klimaschädlich, sie hat auch

massive Auswirkungen auf Mensch und Umwelt vor Ort: So wehren sich die Anwohner:innen in Kolumbien seit Jahren gegen die Kohlemine, die das Wasser verseucht und die Böden vergiftet. Für den Ausbau der Mine wurden sogar indigene Gemeinschaften vertrieben. Und bei den Menschen, die heute rund um die Mine leben, sind Herz-Kreislauf- und Lungenkrankheiten weit verbreitet. Der Feinstaub aus der Mine erhöht ausserdem das Risiko für Krebserkrankungen.

Als Glencore ankündigte, sein Kohlegeschäft weiter auszubauen, haben wir uns in einem offenen Brief, der von über 27'000 Personen unterzeichnet wurde, an den neuen CEO Gary Nagle gewandt. Wir forderten, das klimaschädliche Kohlegeschäft nicht weiter auszubauen und endlich sicherzustellen, dass Menschen und Umwelt in Kolumbien nicht weiter vergiftet werden. Die Forderung blieb bisher leider unerfüllt.



Mit dieser Grafik machten wir darauf aufmerksam, dass Glencore sein Kohlegeschäft ausbauen will.

VERSTÖRENDE PESTIZIDSKANDAL VON SYNGENTA

Im März 2021 berichtete die Rundschau des Schweizer Fernsehens über eine beelendende Recherche unserer Mitgliedorganisation Public Eye zum hochgiftigen Syngenta-Pestizid Paraquat. Zehntausende Erwachsene und Kinder sind laut Schätzungen am toxischen Pestizid bereits gestorben – schon ein Löffel kann tödlich sein, und ein Gegenmittel gibt es nicht. Deshalb ist das Pestizid hierzulande längst verboten. Syngenta verkauft es aber bis heute in Entwicklungsländern.

Hunderte von internen Dokumenten zeigen gemäss SRF, wie Syngenta und seine Vorgängerkonzerne diese Todesfälle seit Jahrzehnten in Kauf nehmen: Spätestens seit 1990 weiss der Konzern, dass die Konzentration an Brechmittel in ihrem Paraquat-Produkt «Gramoxone» viel zu tief ist, um tödliche Unfälle oder

Selbsttötungen durch Schlucken des Pestizids zu verhindern. Um die Gefährlichkeit des Pestizids zu reduzieren, müsste das Produkt verdünnt, mehr Brechmittel hinzugefügt oder das flüssige Pestizid mit einem festen Granulat ersetzt werden. Doch Syngenta weigert sich bis heute – aus reinen Renditeüberlegungen.

Schlimmer noch: Der Konzern benutzte offenbar Falschinformationen über die angebliche Wirksamkeit der tiefen Brechmittel-Konzentration, um Kontrollbehörden weiszumachen, sein Paraquat-Produkt sei sicherer als jenes der Konkurrenz. So schaffte es der Konzern immer wieder, Paraquat-Verbote zu verhindern, und machte weiterhin hohe Gewinne mit dem hochgiftigen Produkt.

SRF Rundschau, 24. März 2021

Zehntausende Erwachsene und Kinder sind laut Schätzungen bereits an Paraquat gestorben – schon ein Löffel kann tödlich sein, und ein Gegenmittel gibt es nicht.

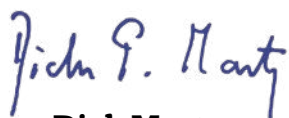


AUSBLICK AUF'S NÄCHSTE JAHR

Wir freuen uns sehr, dass wir den Übergangsprozess zwischen heisser Abstimmungsphase und der Weiterführung dieser wichtigen Arbeit für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz im Jahr 2021 erfolgreich abschliessen konnten.

Weiter konnten wir auch die Schwerpunkte fürs Jahr 2022 planen: Mit einer riesigen Petition an den Bundesrat verlangen wir ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz für die Schweiz und informieren die Öffentlichkeit über die rasanten Entwicklungen in Europa. Das ist dringend nötig: Denn statt sich dem internationalen Trend anzuschliessen, hat der Bundesrat den bereits viel zu schwachen Alibi-Gegenvorschlag im vergangenen Jahr weiter verwässert. Und das, obwohl Bundesrätin Karin Keller-Sutter die Initiative 2020 mit dem Versprechen bekämpfte, dass sich der Bundesrat für ein international abgestimmtes Gesetz einsetze.

Für diese Petition werden wir erneut auf das Engagement von all unseren Unterstützer:innen angewiesen sein. Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



Dick Marty

Vorstandsmitglied Koalition
für Konzernverantwortung



Chantal Peyer

Vorstandsmitglied Koalition
für Konzernverantwortung

IMPRESSUM

Koalition für Konzernverantwortung

Monbijoustr. 31
Postfach
3001 Bern

info@konzernverantwortung.ch
www.konzernverantwortung.ch
031 390 93 36

UNSERE ARBEIT KANN 2022 NUR WEITERGEHEN, WENN AUCH SIE WIEDER ETWAS BEITRAGEN.

Vielen Dank für Ihre Spende mit dem beiliegenden
Einzahlungsschein oder direkt hier mit TWINT:

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende
bestätigen

